



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen von TERRE DES FEMMES -
Menschenrechte für die Frau e. V.**

1. Europa hat entschieden: Prostitution ist Gewalt gegen Frauen

Befürworten Sie die Position und Ziele dieses Berichts? Falls ja, welche Maßnahmen planen Sie zur Umsetzung in Ihrem Mitgliedstaat? Bei Ablehnung, welches sind Ihre Gründe?

Antwort:

Die Lebensbedingungen von Prostituierten sind zum Teil erschütternd. Die betroffenen Frauen sind oftmals eklatanten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Die geltende Gesetzeslage schafft es vielerorts nicht, die Frauen ausreichend zu schützen. Regelungen, die für Tausende verzweifelter Frauen bezahlte Vergewaltigung, Missbrauch, Freiheitsberaubung, teils sogar Folter bedeuten, dürfen keinen Bestand haben. CDU und CSU sind deshalb für einen Paradigmenwechsel in der Prostitutionsgesetzgebung und unterstützen ein Sexkaufverbot und Hilfen beim Ausstieg aus der Prostitution. Präventionsprogramme und umfassende Bildungskonzepte im Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution, die sich für die Aufklärungsarbeit in Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen in Deutschland sowie den Herkunftsländern eignen, wollen wir ebenso unterstützen.

2. Änderung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels

In den Änderungen wird im Erwägungsgrund die Kriminalisierung des Sexkaufs beschrieben, um den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung wirksamer zu bekämpfen.

Was werden Sie veranlassen, damit dieser Erwägungsgrund in nationales Recht umgesetzt?



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antwort:

Menschenhandel ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, deren Bekämpfung für CDU und CSU von großer Bedeutung ist. Die einzelnen Ausbeutungsformen sind seit Oktober 2016 eigene Straftatbestände im Strafgesetzbuch. Deutschland kommt damit den Vorgaben des Europäischen Parlamentes nach, Menschenhandel und vor allem die Ausbeutung von Kindern und Erwachsenen in all ihren Facetten zu bekämpfen. Durch die zunehmenden Krisen ist der Kampf gegen Menschenhandel dringlicher denn je. Die staatlichen und sozialen Institutionen müssen deshalb in ihrem Einsatz gestärkt werden. Noch immer gibt es zu wenige Schutzbestimmungen für Frauen, die gewaltsam zur Prostitution gezwungen werden. Wir unterstützen Präventionsprogramme und umfassende Bildungskonzepte im Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution.

3. EU-weite Umsetzung des Nordischen Modells

Was werden Sie dafür tun, dass das Nordische Modell EU-weit umgesetzt wird, um Prostituierte vor Gewalt zu schützen und Ihnen den Ausstieg zu ermöglichen, wenn dies gewünscht ist? Welche weiteren Maßnahmen ziehen Sie in Erwägung, um Gewalt gegen Prostituierte einzudämmen?

4. Ein gleichberechtigtes Europa braucht einen Perspektivwechsel hinsichtlich Prostitution ist ein grenzüberschreitendes Phänomen, das Frauen objektiviert und ihnen sexuelle Verfügbarkeit unterstellt.

Wie gedenken Sie als politische Vertreterin auf europäischer Ebene einen Perspektivwechsel zu fördern, der ein gleichberechtigtes Europas schafft?

Antwort:

Die Fragen 3 und 4 werden gemeinsam beantwortet.

In der Prostitution wünschen wir uns einen Perspektiv- und Paradigmenwechsel. Es muss Schluss damit sein, dass Frauen zur Ware gemacht werden. Unser Ziel ist ein



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

strafbewehrtes Sexkaufverbot für Freier bei gleichzeitiger Straffreiheit für Prostituierte. Darüber hinaus müssen die Präventions- und Ausstiegsangebote gefördert und ausgebaut werden.

5. KEINE EU-Richtlinie gegen Vergewaltigung durch die Weigerung

Wie gedenken Sie sich aktiv dafür einzusetzen, dass Frauen EU-weit vor Vergewaltigung geschützt werden? Und welche Schritte planen Sie, um dies in der Revision der Richtlinie in 5 Jahren zu verwirklichen?

Antwort:

Europa soll ein Ort sein, wo Gewalt gegen Frauen verhindert, verurteilt und verfolgt wird, wenn sie geschieht. Es bestehen jedoch Bedenken, ob der Richtlinienvorschlag in seiner gegenwärtigen Fassung mit dem Europarecht vereinbar ist. Das Strafrecht fällt in die Kernkompetenz der Mitgliedstaaten. Einheitliche Regelungen sind nur legitim, wenn es um grenzüberschreitende Kriminalität wie Terrorismus oder Kinderpornografie geht. Vergewaltigungen weisen diesen besonderen grenzüberschreitenden Charakter nicht auf und werden auch nicht mit dem Tatmittel Internet begangen.

6. Leihmutterschaft als globales Geschäftsmodell

Wie wollen Sie verhindern, dass in Europa mit Leihmüttern und Kindern ein kommerzielles Geschäft betrieben wird, von dem einige der Beteiligten – Kliniken, Vermittlungsagenturen und Wunscheltern - maßgeblich profitieren während die ungleichen Machtverhältnisse Leihmütter und Kinder benachteiligen?

7. Änderung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels In den Änderungen wird zum ersten Mal erzwungene Leihmutterschaft als Form von Menschenhandel genannt.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Wie sieht Ihr Einsatz aus, damit diese Änderung im nationalen Recht berücksichtigt wird?

Antwort:

Die Fragen 6 und 7 werden gemeinsam beantwortet.

Wir befürworten die Fortpflanzungsmedizin, wenn sie den enormen Leidensdruck ungewollt kinderloser Menschen lindert, treten aber einer Erosion von Grundwerten entgegen. Die Leihmutterschaft ist aus Sicht der CDU und CSU ethisch nicht legitimierbar. Es können in keinem Fall soziale und finanzielle Zwänge, die potenzielle Leihmütter unter Druck setzen, ausgeschlossen werden. Babys dürfen nie Ware sein, Frauenkörper nie Mittel zum Zweck. Wir lehnen Leihmutterschaft daher ab und treten für eine Aufrechterhaltung des Verbots ein.

8. Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche

In vielen EU-Ländern haben Frauen keinen sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen.

Welche konkreten Schritte planen Sie, um einheitliche europäische Lösungen für ungewollt Schwangere zu schaffen?

Antwort:

Respekt vor der Schöpfung und Akzeptanz eines jeden Lebens sind Grundpfeiler des christlichen Menschenbilds, das unserer Verfassung zugrunde liegt. Dieser Maßstab gilt für uns auch beim Abtreibungsrecht. Das ungeborene Leben muss geschützt werden. Nach Auffassung von CDU und CSU und auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, hat das ungeborene Leben bereits Grundrechte - auch gegenüber der Mutter. Wir unterstützen nur EU-weite Regelungen, die das Selbstbestimmungsrecht der Frau und zugleich das Lebensrecht des ungeborenen Kindes sowie Hilfen im Schwangerschaftskonflikt berücksichtigen.